

Mieterin zahlte für Fehler des Sozialamtes

Stuttgart - Weil Susanne D. nur eine Minirente bezieht, hat sie Anspruch auf staatliche Grundsicherung. Diese Leistung orientiert sich am Sozialhilfegesetz, und das reicht kaum zum Leben aus. Als die Mieterin vor zwei Jahren in eine kleinere Wohnung umzog, verlangte die Wohnungsgesellschaft von ihr die Renovierungskosten der alten Wohnung bei Auszug. Susanne D. hatte keine 2.300 Euro zur Verfügung und ging mit der Zahlungsaufforderung des Vermieters zum Sozialamt. Die Sachbearbeiter des Sozialamtes überwiesen den geforderten Betrag an den Vermieter – aller-

dings auf Kosten der Mieterin. Diese sollte in Monatsraten von 17,35 Euro die Renovierungskosten an das Sozialamt zurückbezahlen. Bei der stattlichen Summe hätte sie elfeinhalb Jahre zur Rückzahlung benötigt. Zu ihrem Glück wurde sie jedoch zu Beginn dieses Jahres Mitglied beim Mieterverein Stuttgart und ließ sich dort beraten. Mietrechtsexperte Jens Rüggeberg stellte fest, dass im Mietvertrag keine rechtswirksame Renovierungsverpflichtung der Mieterin bestanden hatte und forderte umgehend vom Vermieter, der LBBW-Immobilien-Gesellschaft, den Gesamt-

betrag wieder zurück. Nach sorgfältiger Prüfung musste die Rechtsabteilung der Wohnungsgesellschaft einsehen, dass sie zu Unrecht kassiert hatte. So überwies die LBBW-Immobilien-Gesellschaft den vom Sozialamt erhaltenen Renovierungsbetrag zurück und Susanne D. war ihre Darlehensverpflichtung auf einen Schlag wieder los. Für Mieterberater Jens Rüggeberg ist dieser Fall durchaus typisch für den Umgang von Sozialämtern mit Vermietern. Da den Sachbearbeitern die Rechtskenntnis fehle, die Berechtigung von Vermieterforderun-

gen überprüfen zu können, werde zu Lasten der Staatskasse oder des Sozialhilfeempfängers an den Vermieter oft zu viel bezahlt. Leider sind Sozialhilfeempfänger mit ihrem geringen Einkommen zumeist nicht in der Lage, den Mietervereinsbeitrag für die Beratung selbst finanzieren zu können. In vielen anderen Städten übernimmt deshalb das Sozialamt den Mitgliedsbeitrag für arme Ratsuchende und spart dadurch letztendlich Steuergelder und – wie im obigen Fall geschehen – nicht gerechtfertigte Zahlungen des Sozialhilfeempfängers. ■



Vorsitzendenkonferenz in Wertheim

Wertheim - Die Vorsitzendenkonferenz informierte sich in ihrer Sommersitzung in Wertheim im Stadtteil Reinhardshof über die Konversion ehemals militärisch genutzter Areale und im Stadtteil Wartberg über die Probleme eines Wohnviertels mit einem hohen Migrantenanteil.

Auf dem Foto (v. l.): Achim Kempf, Prokurist der Stadtentwicklungsgesellschaft Wertheim, Renate Gassert, Stellvertreterin des Oberbürgermeisters und Stadtteilbeiratsvorsitzende Wartberg, Oberbürgermeister Stefan Mikulicz, Renate Weber, Bodensee-Mieterverein, Rolf Gaßmann, Landesvorsitzender des Deutschen Mieterbundes Baden-Württemberg, Herbert Weber, Vorsitzender des Bodensee-Mietervereins, MdB Lothar Binding, Vorsitzender des Mietervereins Heidelberg, Christoph Nestor, Organisationsleiter des Mietervereins Heidelberg, und Ruth Zopp, stellvertretende Vorsitzende des Mietervereins Ulm/Neu-Ulm.



„Abzug ist Glücksfall für den Wohnungsmarkt“

Heidelberg - Der Abzug der US-Truppen 2015 bietet aus Sicht des Mietervereins für Heidelberg in seinem Stadtgebiet eine große Chance für einen Neuanfang bei der Wohnungspolitik, damit vor allem Familien mit unterdurchschnittlichen Einkommen besser mit günstigen Wohnungen versorgt werden können. „Der Abzug kann zu einem Glücksfall für den Mietwohnungsmarkt werden, wenn alle Kräfte an einem Strang ziehen“, kommentiert der erste Vorsitzende des Mietervereins, Lothar Binding, die aktuelle Lage.

Gut integrierbar

Große Teile von Mark-Twain-Village, U.S.-Hospital und Patton Baracks mit zusammen 50 Hektar Fläche seien gut in die Stadtentwicklung integrierbar und sollten Familienwohngebiete werden. Dafür müsse aber der Bund in die Pflicht genommen werden, auf eine maximale Grundstücksverwertung zu verzichten. Und genau dabei könnten Ministerpräsident Stefan Mappus und alle Landtagsfraktionen helfen. Der Sonderfall Patrick-Henty-Village müsse in Kooperation mit den Umlandgemeinden entwickelt werden. Der Mietervereinsvorsitzende weiter: „Die Stadt Heidelberg muss ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, diese auf die US-Flächen legen und sie sozial ausgewogen entwickeln.“ Es könnten weitgehend Mietpreise unterhalb des hohen Neubau- und Neuvermietungs niveaus von elf und mehr Euro pro Quadratmeter erreicht werden. Dieses Ziel sei über den Bodenpreis erreichbar, wenn die Stadt die Flächen selbst erwerbe und ohne weitere Zwischenhändler vermarkte. „Für dieses zentrale Stadtentwicklungsziel muss der Finanzplan ab 2011 strategisch neu aufgestellt werden“, so Lothar Binding zum Schluss.

25 Jahre Mitglied

Ludwigsburg - Der DMB-Mieterbund für Stadt und Kreis Ludwigsburg hat im Rahmen seiner diesjährigen Jahreshauptversammlung sieben Mitglieder für über 25 Jahre treue Mitgliedschaft geehrt. Der wieder gewählte Vorsitzende Dr. Eckart Bohn und seine Stellvertreterin Nadja

Sommer dankten den Jubilaren Gerd Haemmerer, Erika Gross, Wolfgang Goerke, Gottfried Tonhauser-Kausch, Viktoria Oesterle, Johanna Hörig und Etelka Pustai.

Nur durch eine stetig ansteigende Mitgliederzahl wäre es der jungen Ludwigsburger Mieterorganisation seit ihrer Grün-

dung im Jahr 1977 möglich gewesen, den Service für die Mitglieder Schritt um Schritt auszubauen.

Zu der anfänglichen Beratungsstelle in Ludwigsburg seien inzwischen vier Beratungsstellen in Bietigheim-Bissingen, Kornwestheim, Ditzingen und Vaihingen/Enz mit jeweils wöchentlicher Beratung dazugekommen. Für die Voranmeldung gilt einheitlich die Telefonnummer 0 71 41/92 80 71. ■

Dem Wohnen auf freien Bahnflächen Vorrang geben

Stuttgart - „Das neben dem Hauptbahnhof neu entstandene Bankenviertel ist so abschreckend und öde, dass auf dem sich anschließenden Gebiet um die neue Stadtbibliothek nicht der gleiche Fehler gemacht werden darf“, stellt der Mieterverein Stuttgart in einer Pressemitteilung fest. Zwischen den Bankenbüros sei es nach Büroschluss und am Wochenende menschenleer – weil menschenfeindlich geplant und gebaut wurde. Es sei deshalb richtig, wenn die Grünen-Gemeinderäte um die neue Stadtbibliothek herum ein lebendiges Stadtviertel fordern.

So verlange der Antrag der Grünen im Gemeinderat, dass auf dem zu bebauenden Gebiet ein Wohnungsanteil von mindestens 50 Prozent zu bauen sei. Der Antrag weise in die richtige Richtung, stellt Mietervereinschef Rolf Gaßmann fest. Der Mieterverein Stuttgart verlange, den Wohnungsanteil auf den frei werdenden Bahnflächen dem Bedarf entsprechend deutlich zu erhöhen. Dazu müsse das bisher dort vorgesehene Verhältnis von zwei Drittel Gewerbeflächen und nur ein Drittel Wohnbauflächen umgedreht werden, fordert der Mieterverein seit Beginn der Planungen für Stuttgart 21.

„Nachdem auch im letzten Jahr die Zahl der fertig gestellten Wohnungen weit unter dem von der Stadt selbst für notwendig geheißenen Neubauvolumen liegt, ist ein klares Bekenntnis des Gemeinderats zum Wohnen in der Innenstadt dringend erforderlich“, stellt Rolf Gaßmann fest. Die neue Mehrheit im Gemeinderat, die in den Außenbezirken Stuttgarts Bauplanungen für Wohngebiete zusammengestrichen habe, müsse zum Ausgleich in der Innenstadt für Wohnbauflächen sorgen. Neben einem Wohnanteil von 50 Prozent auf der Gesamtnutzfläche hatten die Grünen gefordert, die vorgesehenen Verkaufsflächen und die Zahl der Stellplätze deutlich zu verringern sowie auch Flächen für Kinderbetreuung und Kinder Spielplätze vorzusehen. ■

Mieterverein Heidelberg baut Leistungen aus

Heidelberg - Lothar Bindings erstes Amtsjahr als Vorsitzender des Mietervereins Heidelberg war durch Arbeit, Veränderungen und Erfolge gekennzeichnet. In seinem ersten Bericht vor der Jahreshauptversammlung berichtete der Bundestagsabgeordnete Lothar Binding über eine lange Reihe von Antrittsbesuchen und Gesprächen bei Politik, Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften. „In diesen Gesprächen, die stets auf eine positive Resonanz stießen, habe ich betont, dass der Mieterverein für den Grundsatz ‚Fair wohnen für alle‘ steht“, so Binding. Er kündigte an, diese Kontaktarbeit auch im Jubiläumsjahr fortzusetzen.

Der Mieterverein Heidelberg arbeitet daran, seine Leistungen für die Mitglieder weiter zu verbessern. So ist im Heidelberger Süden eine neue Beratungsstelle in Planung. In den Beratungsstellen Wiesloch, Walldorf, Schwetzingen, Sinsheim und Eberbach erfordert der Beratungsbedarf zusätzliche Beratungsstunden. In Arbeit befinden sich auch eine Neugestaltung der Internetpräsentation und ein neues Erscheinungsbild des Mietervereins Heidelberg anlässlich des 100-jährigen Jubiläums in diesem Jahr. Lothar Binding lud in diesem Zusammenhang alle Mitglieder und Freunde des Mietervereins zur Jubiläumsveranstaltung, die am 12. November stattfinden wird, ein.

Organisationsleiter Christoph Nestor erläuterte den Kassenbericht 2009 und die finanzielle Entwicklung des Vereins in den vergangenen sechs Jahren. In diesen Jahren sei es gelungen, trotz immenser Tilgungszahlungen für die vereinseigene Geschäftsstelle in der Poststraße die laufenden Kosten mit den Beitragseinnahmen zu decken. Nunmehr stünden weitere Investitionen in zeitgemäße EDV, Internetpräsentation und ein zeitgemäßes Erscheinungsbild an. Nach dem Bericht der Revision wurde der Vereinsvorstand einstimmig entlastet.

Nicht nur in der Geschäftsstelle, wo Rosemarie Schlichter und Helga Spielmann nach langjäh-

riger Tätigkeit in den verdienten Ruhestand traten und wo nun Heike Vierling, Selma Gezen, Tanja Klingel und Marion Leins das Geschäftsstellenteam bilden, gab es Veränderungen. Nach 17 Jahren Vorstandsarbeit zog sich Waltraud Burger zurück. Zur Nachfolgerin wählte die Jahreshauptversammlung Dr. Annette Trabold, die seit 21 Jahren die FDP im Heidelberger Gemeinderat vertritt. Seit 2004 ist sie Vorsitzende der FDP-Fraktion. In ihrer Vorstellungsrrede wies Trabold auf die spezielle Wohnungssituation Heidelbergs hin. Aufgrund des extrem teuren Wohnraums hält sie eine sozial ausgewogene Wohnungspolitik für sehr wichtig. Sie wies auf die Probleme hin, die sogar die im weitesten Sinne „normal“ verdienende Mittelschicht, insbesondere Familien mit Kindern, in Heidelberg bei der Suche nach Wohnraum hat. Sie kündigte an, sich im Land dafür einzusetzen, dass der Mietwohnungsbau wieder mit mehr entsprechenden Landesmitteln gefördert wird. ■

Mieterverein Kehl ist 20 Jahre alt

Kehl - In seiner Rede zum 20-jährigen Bestehen des Mietervereins Kehl-Hanauerland ließ der Vorsitzende Günther Weiss, der die Geschicke des Vereins seit nun mehr als 16 Jahren leitet und zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehört, dessen Geschichte Revue passieren: Von der Gründung im Jahre 1990 mit 21 Mitgliedern zu heute fast 450 Mitgliedern.

Während in den ersten Jahren durchschnittlich 200 bis 300 persönliche Beratungen durch die Rechtsberater des Mietervereins Kehl durchgeführt wurden, ist diese Zahl zwischenzeitlich auf über 700 persönliche Beratungen pro Jahr angestiegen. Hinzu kommen unzählige elektronische und telefonische Kurzberatungen für Vereinsmitglieder.

Professionelle Beratung

Die Beratungen werden professionell durch das Beraterteam

aus Rechtsanwältin Liliane Brett, Rechtsanwalt Martin Bombach und Rechtsanwalt als Fachanwalt für Mietrecht Hans-Peter Krieg durchgeführt und umfassen auch die Korrespondenz mit der Vermietergegenseite. Online- und telefonische Erstberatungen durch den 1. Vorsitzenden runden das umfangreiche Beratungsangebot ab. Jedes Mitglied ist zusätzlich über den Mieterverein Kehl-Hanauerland mietrechtsschutzversichert gegen Kostenrisiken bei gerichtlichen Auseinandersetzungen und erhält die regelmäßig erscheinende MieterZeitung mit aktuellsten Neuerungen, Gesetzgebungen und Rechtssprechung zu Mietrechtsthemen.

Laut Günther Weiss haben die Mieter gemeinsame Interessen: Dazu gehören sicheres Wohnen, bezahlbare Mieten, Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung und Schutz vor Vermieterwillkür. Die Wohnung sei Heim und Lebensmittelpunkt und lasse

sich nicht beliebig ersetzen. „Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf“, so Weiss.

Günther Weiss erhielt anlässlich des kleinen Jubiläums für seine mehr als 16-jährige Leitung des Vereins als Vorsitzender von Rechtsanwältin Brett im Namen des Gesamtvorstands und der Mitglieder ein Präsent als Dankeschön und Anerkennung. Er dankte seinem Team im Vorstand und allen ehrenamtlichen Helfern, die mit großem persönlichem Engagement und oft hohem Zeitaufwand erst die Arbeit des DMB-Mietervereins Kehl-Hanauerland in der herausragenden professionellen Art und Weise möglich gemacht haben. ■

Mieterverein Offenburg-Lahr

Rechtsberatung in Achern

Der Deutsche Mieterbund Offenburg-Lahr führt seit der 26. Kalenderwoche (28. Juni 2010) aus organisatorischen Gründen seine Rechtsberatungen im Rathaus in Achern nicht mehr montags sondern mittwochs durch. Die Beratungen finden weiterhin wöchentlich im Rathaus in Achern, Zimmer 209, von 17.00 bis 18.00 Uhr statt. Weitere Informationen hierzu können Sie unter der Telefonnummer 07 81/9 70 81 42 einholen. ■

Mieterverein Weinheim Vorankündigung

Die Mitgliederversammlung des Mietervereins Weinheim wird am Freitag, den 22. Oktober 2010, stattfinden. Die Einladung mit der Tagesordnung wird in der nächsten Ausgabe der MieterZeitung veröffentlicht werden.

Deutscher Mieterbund Offenburg-Lahr Jahreshauptversammlung

Der Deutsche Mieterbund Offenburg-Lahr lädt alle Mitglieder zur Jahreshauptversammlung am Samstag, den **16. Oktober 2010**, um 15.00 Uhr, in den Gemeindesaal Hl. Kreuz, Prädikaturstraße 3, Offenburg, recht herzlich ein.

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Bericht des Vorsitzenden
4. Kassenbericht
5. Revisionsbericht
6. Aussprache zu TOP 3 bis 5
7. Entlastung des Vorstandes
8. Referat zum Thema „Wie kann ich meine Energiekosten senken“
9. Anträge
10. Verschiedenes

Anträge an die Mitgliederversammlung müssen bis

1. Oktober 2010 schriftlich bei der Geschäftsstelle des Deutschen Mieterbundes Offenburg-Lahr, Kreuzkirchstraße 13, 77652 Offenburg, eingegangen sein.
Rainer Wunsch, Vorsitzender

Mieterverein Zollern/Alb Jahreshauptversammlung

Hiermit lädt der Mieterverein Zollern/Alb Sie herzlich zu seiner diesjährigen Jahreshauptversammlung am Samstag, den **25. September 2010**, um 15.00 Uhr, in die Gaststätte „Grüne Au“ in Albstadt-Ebingen, Hartmannstraße 176, ein.

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Anträge und Verabschiedung der Tagesordnung
3. Geschäftsbericht 2009
4. Kassen- und Revisionsbericht
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des gesamten Vorstandes
7. Neuwahlen des gesamten Vorstandes
8. Ehrungen
9. Referat
10. Verschiedenes

Anträge an die Mitgliederversammlung müssen dem Vorstand des Mietervereins Zollern/Alb, Sigmaringer Straße 3, 72458 Albstadt, bis spätestens 15. September 2010 schriftlich vorliegen. Jeder Teilnehmer erhält einen Verzehrutschein.
Gerhard Holdenried, Vorsitzender

Deutscher Mieterbund Landkreis Freudenstadt Mitgliederversammlung

Der Deutsche Mieterbund Landkreis Freudenstadt lädt zur Mitgliederversammlung am Donnerstag, den **23. September 2010**, um 19.00 Uhr, in die Sportgaststätte „Am Dobel“, Gottlieb-Daimler-Straße 71, Freudenstadt, ein.

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung
2. Bericht des Vorstandes
3. Finanzbericht
4. Revisionsbericht
5. Aussprache zu TOP 2 bis 4
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahl des Vorstandes
8. Wahl der Revisoren
9. Verschiedenes
10. Schlusswort

Anträge müssen bis spätestens 19. August 2010 schriftlich bei der Geschäftsstelle, Reichsstraße 25, 72250 Freudenstadt, eingegangen sein.

Udo Casper, Vorsitzender

Mieterbund verhilft Benno zu einem Dach über dem Kopf

Offenburg - Paul Maier (Name geändert) ist dem Deutschen Mieterbund Offenburg-Lahr dankbar, weil der es verhindern konnte, dass er sich von seinem treuesten Freund, einem kleinen Hund, trennen muss.

Im März 2006 wurde Maier obdachlos. Ihm wurde von der Stadt Offenburg eine Einzimmerwohnung in einem Gebäude der städtischen Wohnbau zugewiesen. Damals besaß er einen kleinen Zwergpudel, was aber kein Problem darstellte. Die Hundehaltung wurde nie untersagt. Nach dem Tod des treuen Vierbeiners im März 2009 besorgte sich Paul Maier wieder einen kleinen Hund, diesmal war es ein Malteser. Jetzt war die Hundehaltung plötzlich ein Problem: Die Stadt Offenburg berief sich auf ihre Satzung, welche die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte regelt und forderte Paul Maier auf, den kleinen Hund aus der Wohnung zu entfernen.

Ungerecht, urteilte der Mieterbund, denn im gleichen Haus wohnen mehrere Hundehalter zur Miete. Der einzige Unterschied bestand darin, dass diese Bewohner Mietverträge mit der Stadt Offenburg hatten. Paul Maier dagegen unterlag als Obdachloser einem öffentlich rechtlichen Nutzungsverhältnis, das durch Satzung geregelt werden kann.

Nachdem die förmliche Entfernung des Hundes angedroht wurde, handelte der Deutsche Mieterbund Offenburg. Durch Vermittlung des Deutschen Mieterbundes Offenburg konnte Paul Maier einen Mietvertrag für eine Wohnung in der gleichen Straße unterschreiben, der die Hundehaltung gestattet.

Doppelter Erfolg des Deutschen Mieterbundes Offenburg: Das Mitglied muss sich nicht von seinem vierbeinigen Freund trennen und ist nicht mehr länger obdachlos.

FERIEN

■ Mieterbund Main-Tauber

Der Deutsche Mieterbund Main-Tauber macht Sommerpause. Die Geschäftsstelle in Wertheim, Obere Bäun 11, ist während der Urlaubszeit vom 1. August bis einschließlich 31. August 2010 nur mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr besetzt. Die Beratungstätigkeit findet eingeschränkt statt. Termine hierfür können telefonisch unter 0 93 42/2 26 77 vereinbart werden.

■ Mieterverein Waiblingen

Die Geschäfts- und Beratungsstelle in Waiblingen ist vom 23. August bis 5. September 2010 geschlossen. Die Beratungsstelle in Fellbach ist vom 2. August bis 15. August 2010 geschlossen. Die Beratungsstelle in Schorndorf ist geschlossen vom 16. August bis 22. August und vom 6. September bis 12. September 2010. Während diesen Zeiten finden keine mietrechtlichen Beratungen statt. Ab Montag, 6. September 2010, ist die Geschäftsstelle in Waiblingen, Fronackerstraße 12, wieder unter der Telefonnummer 0 71 51/1 57 58 erreichbar.

■ Kreismieterverein Waldshut

Das Büro des Kreismietervereins Waldshut, Heckerstraße 6, Waldshut-Tiengen, ist vom 9. bis 31. August 2010 geschlossen. In Tiengen findet die letzte Beratung vor der Sommerpause am 9. August statt, die erste Beratung nach der Sommerpause ist am 2. September. In Bad Säckingen ist die letzte Beratung vor der Sommerpause am 4. August, die erste Beratung nach der Sommerpause am 8. September.

Unter der Hotline 0 77 51/16 11 ist während der Ferien dienstags und donnerstags von 11.00 bis 12.00 Uhr die Anwältin Manuela Rienacker-Täsch erreichbar. Bitte halten Sie Ihre Mitgliedsnummer bereit. Sie finden diese auf dem Adressfeld Ihrer MieterZeitung.

Der Verein wünscht allen Mitgliedern eine schöne, gesunde und sorgenfreie Sommerzeit und freut sich darauf, nach der Sommerpause wieder für Sie da zu sein.